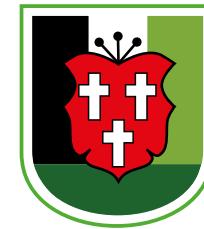


1923 Das Fest



Das Fest fällt aus

Zwischen dem 11. und dem 16. Januar besetzen französische und belgische Truppen in einer Stärke von zunächst 60.000, später 100.000 Mann das gesamte Ruhrgebiet bis Dortmund. Die Ruhrbesetzung ist der Höhepunkt des politisch-militärischen Konfliktes zwischen dem Deutschen Reich und den belgisch-französischen Besatzungstruppen. Wegen der sich verschärfenden wirtschaftlichen Probleme des Deutschen Reiches verzichteten die Alliierten 1922 auf Reparationszahlungen in Form von Geld und forderten stattdessen Sachleistungen (Stahl, Holz, Kohle) ein.

Am 26. Dezember 1922 stellte die alliierte Reparationskommission einstimmig fest, dass Deutschland mit den Reparationslieferungen im Rückstand war. Als am 9. Januar 1923 die Reparationskommission erklärte, die Weimarer Republik halte absichtlich Lieferungen zurück (unter anderem seien 1922 nur 11,7 Millionen statt der geforderten 13,8 Millionen Tonnen Kohle und nur 65.000 statt 200.000 Telegraphenmasten geliefert worden), nahm Frankreich dies zum Anlass, in das Ruhrgebiet einzumarschieren.

Der Bürgerschützenverein zog daraus schnell Konsequenzen. Bereits bei der ersten Vorstandssitzung am 13. Januar im Gasthof Ruhe wurde beschlossen, das für den 21. Januar geplante Winterfest ausfallen zu lassen. Wörtlich heißt es im Protokoll von Schriftführer und Oberpostmeister Peters: »Der Königin Agnes Meyer soll zu ihrem Namenstage am 21. Januar im Namen des Bataillons vom Oberst und Adjutanten unter Überreichung eines würdigen Blumenstraußes die besten Glückwünsche überbracht und ihr mitgeteilt werden, dass der ausgefallene Schützenball nachgeholt wird, sofern es die Zeitverhältnisse erlauben.«

Im Verlauf des Jahres wurden noch vier weitere Vorstandssitzungen durchgeführt. Laut der Protokolle war die Absage des Schützenfestes 1923 aber nie ein Thema. Fakt ist, dass wegen der Not nach dem 1. Weltkrieg und der einsetzenden Inflation die Schützenfeste bescheidener gehalten werden mussten. Außerdem erfolgte am 24. Juli der preußische Erlass, dass unter freiem Himmel keine Versammlungen stattfinden dürften.



Foto: BSV-Archiv

Im Gleichschritt Marsch: wegen der sich verschärfenden wirtschaftlichen Probleme bleiben die Holzgewehre 1923 im Schrank. Das Schützenfest fällt aus.

1923 Die Stadt

- › Aus Anlass der widerrechtlichen Besetzung des Ruhrgebietes durch die Franzosen ruft Bürgermeister Dr. Hans Pint am 14. Januar die Stadtverordneten zu einer außerordentlichen Sitzung im Kursaal zusammen. Nach Aussprache über die Geschehnisse wird beschlossen, an den Reichskanzler Wilhelm Cuno ein Telegramm mit folgendem Wortlaut zu richten: »Die Stadtverwaltung, die Stadtverordneten und die gesamte Bürgerschaft erheben flammenden Protest gegen die Besetzung des Ruhrgebietes, stehen geschlossen hinter der Regierung, geloben dem Reiche unverbrüchliche Treue und halten in Not und Tod zu ihren Brüdern im besetzten Gebiet.«
- › Am 27. Januar wird in der Ratsversammlung für die Bevölkerung des Ruhrgebietes eine großzügige Spendenaktion eingeleitet. Größere Mengen an Lebensmitteln und ein Geldbetrag in Höhe von einer Million Mark (Inflationsgeld) werden zur Verfügung gestellt. Bürgermeister Dr. Hans Pint ruft zur gezielten Hilfe auf und

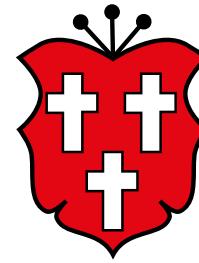


Foto: Heimatverein

Die Genossenschaftsbank »Lippspringer Spar- und Darlehnsverein« zieht Mitte des Jahres ins Haus Vahle (Bildmitte), heute ist dort das Fotostudio »Lichtblitz«.

betont, dass ein Teil der Kurgäste aus dem Ruhrgebiet komme.

- › Die Mechanische Weberei wird gegründet. Sie hat ihre Betriebsstätte an der Hermannstraße.
- › Der sprunghaft steigende Dollarkurs führt zur weiteren Lebensmittelverknappung und zu Zahlungsschwierigkeiten bei den Löhnen und Gehältern sowie bei der Auszahlung der Renten durch die Post. Ausbrüche von Unruhen bei der Bevölkerung werden befürchtet. Angesichts der zugespitzten Lage fordert Bürgermeister Dr. Hans Pint telefonisch von der Regierung in Minden die Bereitstellung von Einkaufsgutscheinen in Höhe von rund 100 Billionen Mark an.
- › Es ist noch immer Inflation: Der Pensionspreis der Kurgäste wird nach dem Reichsindex berechnet und beläuft sich Ende März pro Tag und Gast auf 7.000 Mark. Ende Juni müssen täglich 30.000 Mark bezahlt werden. Die Summe steigert sich im August auf 425.000 Mark, im September auf vier Millionen, Ende Oktober müssen täglich 60 Milliarden bezahlt werden. Die Geldentwertung geht weiter, am 21. September beschließen die Ratsmitglieder die nächste Erhöhung. Die Stadttaxe wird auf 50 Millionen Mark, die Gebühr für den eingefriedeten Waldteil auf zwölf Millionen Mark und die wöchentliche Liegestuhlgebühr auf acht Millionen Mark festgesetzt.
- › Die letzte Erhöhung für dieses Jahr folgt am 18. Oktober. Wöchentlich sind nun zu zahlen: zwei Milliarden für die städtische Kurgebühr, fünf Milliarden für die Nutzung des eingefriedeten Waldteils, 2,5 Milliarden Mark als Trinkwassergebühr und 350 Millionen Mark als Liegestuhlgebühr.
- › Weitere außerordentliche Maßnahmen, um der Lebensmittelknappheit und der Teuerung Abhilfe zu schaffen, werden am 24. Oktober verfügt. Von sofort an kann Getreide mit Holz bezahlt werden.
- › Erst Anfang November ist mit vier Billionen Mark Tagessatz der Höhepunkt erreicht. Zu diesem Zeitpunkt wird die Mark stabil, anstelle von vier Billionen können auch vier Goldmark bezahlt werden. Nach Einführung der Rentenmarkscheine wird das Inflationsgeld eingezogen.



- > Die am 4. April 1887 gegründete Genossenschaftsbank »Lippspringer Spar- und Darlehnsverein« wird Mitte des Jahres vom Kirchplatz (Bäckerei Mertens) ins Haus Vahle (Ecke Detmolder Straße, Arminiusstraße) verlegt und firmiert am 26. Juli in »Lippspringer Bank« um.
- > Albert Leo Schlageter führt während der französisch-belgischen Besetzung des gesamten Ruhrgebietes Anschläge auf rückwärtige Verbindungen der Besatzungstruppen aus und wird wegen Spionage und mehrerer Sprengstoffanschläge von einem französischen Militärgericht zum Tode verurteilt und am 26. Mai standrechtlich erschossen. An der Ecke Lindenstraße/Haustenbecker Weg wird als Denkmal ein Findling aufgestellt, der das Relief eines Stahlhelms zeigt und die Aufschrift »Schlageter« trägt.
- > In der Stadtverordnetensitzung am 18. Juni wird der Beschluss gefasst, die im Rathausgarten befindliche Liegehalle in eine Trinkhalle umzubauen. Infolge der allgemeinen Ausgabenerhöhungen in allen kommunalen Bereichen ist eine weitere Anhebung der städtischen Kurbgebühren unumgänglich. Der Tagessatz wird auf 20.000 Mark festgesetzt. Bei Benutzung der städtischen Quelle zu Trinkkuren wird ein Aufschlag von 10.000 Mark erhoben. Die Kurparkbenutzung ist inbegriffen.
- > Der Vorstand des TV Jahn Bad Lippspringe beschließt am 27. Juni die Gründung einer Damenabteilung.
- > Der katholische Männerchor »St. Cäcilia« der St. Martinskirche wird gegründet. Hauptinitiator und Chorgründer ist Anton Lüke, Dirigent Johannes Keck.
- > Bürgermeister Dr. Hans Pint führt Notstandsarbeiten zur Verbesserung der Lebensverhältnisse der Erwerbslosen und ihrer Familien ein. Das Arbeitsprogramm wird durch eine Anleihe von 20 Billionen Mark bei der Landesbank Münster finanziert und sieht Ausbesserungsarbeiten und Neuanlagen von Straßen, Wegen und Bürgersteigen vor.
- > In der Ratssitzung am 3. November gibt Bürgermeister Dr. Hans Pint bekannt, dass die Kreissparkasse Paderborn auf die Rückzahlung von 1,5 Millionen Mark, einschließlich der Zinsen, ver-

zichtet. Die Stadt darf die Summe als Schenkung betrachten.

- > In der Stadtverordnetensitzung vom 3. Dezember gibt Bürgermeister Dr. Hans Pint folgendes bekannt:
 1. Ein Sonderhieb von 200 Festmetern Fichtenholz zur Tilgung von Darlehen bei der Landesbank Münster wird genehmigt.
 2. Um die Deckung des im Umlauf befindlichen Notgeldes sicher zu stellen, wird eine Anleihe von 4000 Goldmark bei der Landesbank Münster beschlossen.
 3. Die Finanzierung der Notstandsarbeiten wird durch eine Regierungsverordnung gesichert. Jeder Arbeitslose muss für die gewährte Unterstützung eine Arbeitsleistung erbringen.



Foto: Stadtarchiv

Das 1906 erbaute Postamt. Der sprunghaft steigende Dollarkurs führt 1923 zu Zahlungsschwierigkeiten bei der Auszahlung der Renten durch die Post.